Kategorie. Ich erzähle hier nichts Neues, daß das für uns eine Forderung ist, die schon recht lange im Katalog der sozialdemokratischen Forderungen steht. Das, was hier diskutiert wird, geht durch den regulären parlamentarischen Gang.

In diesem Sinne sind Änderungen möglich. Zum zweiten möchte ich ausführen, daß sich die Verfassungssituation, was das Aussperungsverbot betrifft, nach wie vor nicht geändert hat. Dort ist die Regelung entsprechend in Kraft, und das ist die Position, von der diese Problematik aus zu diskutieren ist.

(Beifall bei der SPD)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Ich bedanke mich beim Abgeordneten Rolf Schwanitz für den Beitrag der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei. Es schließt sich an der Beitrag der DSU, vorgetragen vom Abgeordneten Jürgen Schwarz.

Schwarz für die Fraktion der DSU:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieses zweite Mantelgesetz liegt nun vor, und wir bescheinigen dem Antragsteller gründliche Arbeit im Erspüren und Anpassen. Das Gesetz über die Änderung oder Aufhebung von Gesetzen der DDR, also die Drucksache Nr. 74, hat ja neben seinen vielen Details auch einen wichtigen Hintergrund.

Zu den Sachfragen: Mit dem § 72 Abs. 1 ist vor allem der Qualitätsfaktor bei Bauleistungen mit fünf bzw. zwei Jahren garantiert. Dieses nun einklagbare Recht wird vor allem den vielen zugute kommen, die mit kleinen Schritten notwendige Baumaßnahmen vergeben und bei dem wahrscheinlich explodierenden Bauboom vor Pfscharbeit zittern; denn gar zu groß ist das angestaute Bedürfnis, zu rekonstruieren, zu reparieren oder gar neu zu bauen.

Einen weiteren Schwerpunkt sehen wir noch im § 5 des vorliegenden Antrages. Das Gesetz über die Gründung und Tätigkeit privater Unternehmen und über Unternehmensbeteiligung - wir haben ja heute früh über die Problematik gesprochen -, dieses Gesetz enthält entscheidende Aussagen über die Grundlagen der vielen neuen und alten Unternehmer. Unklar ist aber der Satz: „Volkseigener Boden kann zu Eigentum oder lediglich zur Nutzung überlassen werden.“ Aber dieser Punkt ist ja der entscheidende in Diskussionen und Anfragen, vor allem auch an die DSU. Wie wird demokratisch und gesetzlich entschieden, wenn es um Vergabe oder Verkauf von Grundstücken, Läden oder Freilandflächen und anderes geht? Eine große Menge von Bürgern fühlt sich benachteiligt. Das böse Wort der Vetterwirtschaft fällt, ein langer Arm oder Beziehungen werden als Argument gebracht.

Ich möchte als Standpunkt der DSU und als Appell an alle betreffenden Dezernatsleiter in den Kommunen sagen: Treffen Sie hier transparente Entscheidungen! Begründen Sie den Bürgern auch eine unpopuläre Maßnahme! Denken Sie daran, daß der Souverän nicht mehr hinter der Behördenschranke sitzt, sondern davor steht.

Einen wichtigen gesamtdeutschen Aspekt sehen wir auch in diesem Gesetz. Wir haben allen Experimenten und Verhandlungstendenzen eine klare Absage erteilt, nahezu alles, was diese Übergangsphase gesetzmäßig begleitet, ist also befristet und - so hoffen wir - kurz befristet.

Viel Kritik an Regierung, Ministern und Parlament ist entsprechend der Wahlaussage der Parteien so zu werten, daß man erwartet, daß ein klares Konzept der Selbstauflösung vorgelegt wird.

Nachrichten, wie letzte Woche, von „nur noch“ 1400 Aussiedlern pro Woche - man nennt das drakonischen Rückgang - sind doch erschreckend. Sehen diese überwiegend jungen Leute hier immer noch keine Chance? Trauen sie den neuen Kräften nicht,

oder sind die zu laut oder zu stark, die mit aller Kraft Altes erhalten wollen?

(Beifall bei CDU/DA und DSU)

Wir begrüßen es also, daß Gesetze der DDR aufgehoben und geändert werden, wie es die Drucksache Nr. 74 erfordert. Aber wir hätten gern von vielen Abgeordneten und Ministern die Antwort, wie lange sie diese Auflösung betreiben wollen. Es ist doch eine erfreuliche Perspektive: Pfarrer stehen wieder auf der Kanzel, Kirchenrechtler lehren wieder Kirchenrecht, Lehrer stehen vor ihren Schülern und Ärzte vor ihren Patienten. Das Selbstvertrauen der Mitglieder dieses Hohen Hauses muß jeden Tag neu erarbeitet werden. Die ersten gesamtdeutschen Wahlen betrachten wir dann als eine echte Legitimation auf lange Sicht.

Im übrigen sind wir dafür, daß dieses Gesetz an den Ausschuß überwiesen wird.

(Beifall bei CDU/DA und DSU)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Vielen Dank, Abgeordneter Schwarz. Als nächster spricht für die Fraktion der PDS der Abgeordnete Dr. Michael Friedrich.

Dr. Friedrich für die Fraktion der PDS:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Fraktion der PDS sieht in dem sogenannten 2. Mantelgesetz zur Änderung und Aufhebung von Gesetzen der DDR ebenfalls eine notwendige Konsequenz aus dem Staatsvertrag und insbesondere einen weiteren notwendigen Schritt zur Schaffung einer zumindest gewissen Rechtsunion. Sie unterstützt die Überweisung dieses Gesetzentwurfes in die genannten Ausschüsse.

Inhaltliche Zustimmung vermag sie jedoch nur unter grundsätzlichem Vorbehalt zu geben, da zum gegenwärtigen Zeitpunkt von einem normal sterblichen Abgeordneten dieses Hauses und erst recht von einem Normalbürger dieses Landes in vielen Fällen nur erahnt werden kann - ich betone das: erahnt werden kann -, ob, wann und wie, insbesondere aber auch wie gut die entstehenden Lücken im Rechtsgebäude ausgefüllt werden. Sie mögen ja durchaus gut ausgefüllt werden, einschließlich vernünftiger Übergangsregelungen für die Bürger dieses Landes. Das möchte die PDS überhaupt nicht bestreiten. Im Gegenteil, wir wünschen dies außerordentlich. Aber es fällt schon außerordentlich schwer, verantwortungsbewußt zu diesem nun wirklich wesentlichen Gesetz etwas zu sagen, wenn der Gesetzgebungsplan der Regierung in seiner Gesamtheit den Abgeordneten dieses Hohen Hauses unbekannt ist. Und ich muß sagen, daß er auch mir als Mitglied des Verfassungsausschusses unbekannt ist.

Das berührt die grundsätzliche Frage, die schon mehrfach angesprochen wurde, die grundsätzliche Frage der Seriosität der Arbeit dieses Parlamentes, die Frage, daß wir Abgeordneten es eigentlich nicht weiter verantworten dürften, unter diesem enormen politischen Druck weiter so oberflächlich zu arbeiten.

Das ist alles andere als eine Bremserposition der PDS-Fraktion, sondern es ist eigentlich genau die Position des Ministerpräsidenten, der seinerzeit in der Regierungserklärung Zeit zum verantwortlichen Nachdenken anmahnte. Und für dieses verantwortliche Nachdenken im Interesse eines qualitativ guten Einigungsprozesses, der natürlicherweise eben auch die Interessen der Bürger dieses Landes vertreten und schützen muß, ist die PDS.

Zum Mantelgesetz selbst: Ich möchte hier nur drei Problemkreise andiskutieren, die exemplarisch für das gesamte Dilemma stehen, in dem wir uns gegenwärtig in der parlamentarischen Arbeit befinden.

Beispiel 1: § 5 des Gesetzes über die Gründung und Tätigkeit privater Unternehmen und über Unternehmensbeteiligungen